

SPIK - Sozialpolitik informativ & kurz

Newsletter Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit 30.9.2021

Inhaltsübersicht

- Wer ist arm?
- Förderung der betrieblichen Weiterbildung sehr effektiv, aber zu wenig genutzt
- Die sieben Todsünden aus Sicht der Wirtschaft
- Long-COVID – viele Unbekannte, aber Versorgung gesichert
- Die Einstellung macht's – Tipps und Informationen für Unternehmen im Bereich des Behindertengleich- und -einstellungsrechts
- Erfolgsfaktor Ergonomie im Betrieb
- Zukunft.Frauen – Bewerbung 20. Durchgang
- ZAS-Tag am 7. Oktober inkl. Arbeitsrecht & COVID
- CREATING POSSIBLE | Future :: Health & Science Talk 2021

06.09.2021, 0:00

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mit Armutsbekämpfung werden viele Maßnahmen begründet, zuletzt die Pensionserhöhung. Doch niedrige Einkommen/Pensionen bedeuten keineswegs Armut.

Zielgerichteter und wirksamer ist da etwa die Förderung von Weiterbildung, speziell im Betrieb, wie Studien zeigen.

Die sieben Todsünden aus Sicht der Wirtschaft – ein originelles Thema wird in einer originellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft analysiert.

Viele Unbekannte gibt es bei Long-Covid, aber die Versorgung Betroffener ist gesichert.

Für das Führungskräfteprogramm "Zukunft.Frauen" 2022 sind Bewerbungen bis zum 18.11. möglich.

Neue Informationsprodukte gibt's zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und zur Ergonomie im Betrieb.

Aktuelles zu Arbeitsrecht, Arbeitswelt & Covid am Arbeitsplatz gibt's beim ZAS-Tag am 7.10. und der nächste Future Health & Science Talk 2021 findet am 14.10. statt.

Alles Gute!

Rolf Gleißner

Wer ist arm?

Nach dem Gesetz müssten die Pensionen mit 1.1.2022 um 1,8% steigen. Die Regierung entschied hingegen, dass alle Pensionen unter 1.000 Euro deutlich höher, nämlich um 3% steigen. Begründet wird das mit Armutsbekämpfung. Klingt plausibel, ist es aber nicht.

Wer ist arm? Das ist die Vorfrage. Nach Wikipedia bezeichnet Armut die mangelnde Befriedigung der Grundbedürfnisse. Die Weltbank hat die globale Armutsschwelle mit 1,9 US-Dollar pro Tag definiert. Dieser Wert ist für Länder in Afrika und Asien aussagekräftig, für Europa kann er kein Maßstab sein. Hier wird absolute Armut anhand des Kriteriums erheblicher materieller Deprivation gemessen. Als depriviert gilt in Österreich, wer sich bestimmte

Ausgaben/Investitionen wie ein Auto, einen Urlaub, jeden zweiten Tag Fleisch, etc. nicht leisten kann. Das waren in Österreich 230.000 Menschen im Jahr 2020 und damit halb so viele wie noch 2008.

Die materielle Lage hängt dabei von Erwerbseinkommen und Transfers ab, aber nicht nur: Schüler, Studenten, Hausfrauen, Privatiers haben oft weder noch, sind aber meist nicht arm, weil sie gut von anderen Einkommen im Haushalt oder vom Vermögen leben. In Österreich wie in allen anderen Ländern gebühren daher Transfers zur Armutsvermeidung grundsätzlich nur, wenn keine anderen Quellen die Bedürfnisse decken. Zielgerichtet Armut bekämpfen daher Sozialhilfe und Ausgleichszulage.

Da absolute Armut in reichen Ländern kaum noch vorkommt, wird von Politik und Medien viel lieber die „Armutsgefährdung“ herangezogen. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60% des nationalen Medianeinkommens verfügt. Dieses Maß sagt allerdings mehr über die Verteilung der Einkommen aus als über den Lebensstandard. Verdoppeln sich alle Löhne von heute auf morgen, sind gleich viele Menschen armutsgefährdet – zwar haben sich die Einkommen der „Armen“ verdoppelt, aber eben auch der Durchschnittslohn, sodass immer noch gleich viele unter dem Durchschnitt liegen.

Armutsgefährdung bedeutet nicht Armut

Der Effekt: Armutsgefährdung bleibt auch in reichen Ländern immer ein Thema. So waren in Österreich 2020 1,2 Millionen Menschen armutsgefährdet. Im politisch-medialen Diskurs lässt man dann gern den Wortteil „gefährdung“ weg und plötzlich entsteht der Eindruck, in Österreich sind 1,2 Millionen Menschen arm, können also ihre Grundbedürfnisse nicht decken. Auch bei den „working poor“ misst man die Armuts*gefährdung* von Erwerbstätigen, lässt aber die „gefährdung“ im Begriff gleich ganz weg.

Also: Die Einkommenshöhe sagt nur wenig aus über Armutsgefährdung und noch viel weniger über Armut. Konkret hat das WIFO festgestellt, dass nur 16% der Niedriglohnbeschäftigten working poor sind. Die 2020 massiv erhöhte Negativsteuer für Menschen, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen, kommt also kaum Bedürftigen zugute.

Eine niedrige Pension bedeutet nicht Armut

Niedrigpensionen haben noch weniger mit Armut zu tun als niedrige Einkommen: Denn viele Menschen beziehen mehrere niedrige Pensionen – aus verschiedenen Erwerbstätigkeiten oder verschiedenen Ländern. Viele Menschen verfügen über Vermögen oder partizipieren an der Pension des Gatten/der Gattin. Fehlt das alles, gebührt Pensionisten ohnehin die Ausgleichszulage, die zielgerichtet Armut bekämpft. Egal: Alle Niedrigpensionen steigen ab 2022 um 3%. Und 2021, als das BIP um 6,3% sank, um 3,5%. Und 2020 um 3,6%, usw.

Fazit: Armut bekämpfen ist richtig. Die überproportionale Erhöhung der Pensionen hat aber nur wenig mit Armutsbekämpfung zu tun. Zudem widerspricht sie dem Versicherungsprinzip, wonach die Pensionshöhe von den eingezahlten Beiträgen abhängt. Entscheidend ist aber: Sie verteuert ein Pensionssystem, das durch niedriges Pensionsantrittsalter, relativ hohe Ersatzraten und die sich dramatisch verschlechternde Demografie ohnehin aus dem Ruder läuft. Laut Pensionsversicherungsanstalt steigt der Bundeszuschuss von 2019 bis 2025 um fast eine Milliarde Euro pro Jahr.

Nicht hinter jeder kleinen Pension steht ein armer Mensch.

von Mag. Dr. Rolf Gleißner

Förderung der betrieblichen Weiterbildung sehr effektiv, aber zu wenig genutzt

In Deutschland nutzt nur jeder 10. Betrieb die Förderung der betrieblichen Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit. Vor allem KMU kennen das gute Instrument zu wenig. Dabei kommt Synthesis Forschung für Österreich zum Schluss, dass die Beschäftigten nach der Förderung höhere Einkommen erzielen und die Budgetausgaben sich rasch rechnen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die rapiden Änderungen der Arbeitswelt rücken die berufliche Weiterbildung immer mehr ins Zentrum. Zusätzlich verschärft die demografische Entwicklung den Fachkräftemangel. Deshalb ist die Förderung der Weiterbildung der Beschäftigten ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, so auch in Deutschland und Österreich.

Allerdings ist bei der Nutzung der Förderung noch „Luft nach oben“: Nach der deutschen Studie hängt die Inanspruchnahme stark von der Kenntnis der Betriebe über die Förderung ab. Weiterbildungsberatungen könnten Kenntnis und Nutzung steigern.

Eindeutig positive Effekte für Beschäftigte und öffentliche Hand

In Österreich hat Synthesis Forschung den hohen Nutzen der Qualifizierungsförderung für Beschäftigte bereits 2018 nachgewiesen. Eine 2021 fertiggestellte Analyse bestätigt die Ergebnisse. Die geförderten Personen haben durchwegs mehr Tage in Beschäftigung und damit mehr Einkommen zur Verfügung als die untersuchte Kontrollgruppe. Mit einem Einkommensplus von über 7.000 Euro pro Jahr profitiert die Gruppe der älteren Beschäftigten am meisten.

Beeindruckend sind auch die fiskalischen Effekte: 10 Mio Euro an AMS-Förderung an die Betriebe für die berufliche Weiterbildung führen zu einer zusätzlichen Wertschöpfung von fast 30 Mio Euro. Die Budgetausgaben amortisieren sich schon im ersten Jahr. Synthesis errechnet eine Rendite von rund 20 %.

Fazit: Weiterbildung ist wesentlich für die künftige Fachkräftesicherung. Die Förderung der Weiterbildung im Betrieb sollte daher ausgebaut werden. Genauso wichtig ist die Beratung/Information der Betriebe, um die Nutzung zu steigern.

<https://www.iab-forum.de/nur-jeder-zehnte-betrieb-nutzt-die-weiterbildungsfoerderung-der-bundesagentur-fuer-arbeit/>

https://ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2018_AMS_Synthesis_Praes_AMS_25_Mai_2018.pdf

von [Mag. Gabriele Straßegger](#)

Die sieben Todsünden aus Sicht der Wirtschaft

Neid, Völlerei, Habgier, Wollust, Hochmut, Trägheit und Zorn – die sogenannten sieben Todsünden sind weitgehend bekannt und noch weiter verbreitet. Sie beschreiben sieben Motive und Verhaltensweisen, die viele Menschen im Alltag begleiten, aber traditionell moralisch verurteilt werden.

Entgegen der kirchlichen Tradition hebt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft nicht den Zeigefinger, sondern ergründet, wie sich das menschliche Verhalten in andere Bahnen lenken lässt, um negative Konsequenzen zu vermeiden, und wie Unternehmen mit (vermeintlich) „sündhaftem“ Verhalten umgehen können.

<https://www.iwkoeln.de/studien/dominik-h-enste-verhaltensoekonomische-interpretationen-und-handlungsempfehlungen.html>

Long-COVID – viele Unbekannte, aber Versorgung gesichert

Bis dato sind die genauen Ursachen und Risikofaktoren, die zu Long-COVID-Symptomen führen, trotz vieler weltweiter Studien nicht bekannt. Aufgrund der Vielfalt der Symptome ist anzunehmen, dass mehrere Ursachen miteinander verwoben sind.

Bei COVID-Infizierten, die nicht im Spital behandelt werden mussten, ist die akute Infektion meist nach zwei Wochen vorbei. Bei schwereren Verläufen mit Hospitalisierung dauert die Infektionsphase oft deutlich länger. Letztere leiden auch häufiger an anhaltenden Symptomen nach der Infektion.

Die Bandbreite der Long-COVID-Symptome variiert stark: Bei 39 bis 72 Prozent der stationär behandelten Patienten traten innerhalb von ein bis drei Monaten nach Beginn der Infektion Long-COVID-Symptome auf; unter den nicht-hospitalisierten Infizierten waren es 5 bis 36 Prozent. Nach über sechs Monaten berichteten noch bis zu 60 Prozent der ehemals hospitalisierten Patienten über Müdigkeit, Erschöpfung, kognitive Beeinträchtigungen und/oder Atemwegsprobleme. Hingegen betraf diese Symptomatik 13 bis 25 Prozent der (nur) ambulant behandelten Patienten.

Die Bandbreite von Long-COVID-Symptomen ist groß: Zu den häufigsten zählten bis zu drei Monate nach dem Beginn der akuten Infektion Müdigkeit/Erschöpfung mit 16 bis 98 Prozent, gefolgt von Kurzatmigkeit (10 bis 93 Prozent) und Kopfschmerzen mit 9 bis 91 Prozent. Nach drei bis sechs Monaten zählten Müdigkeit/Erschöpfung (16 bis 78 Prozent) und kognitive Beeinträchtigungen (13 bis 55 Prozent) zu den häufigsten Long-COVID Symptomen. 16 bis 21 Prozent hatten mit Atemwegsproblemen zu kämpfen.

Frauen sind häufiger von Long-COVID betroffen als Männer, bezüglich dem Risikofaktor Alter lassen sich keine validen Aussagen treffen.

Versorgung von Long-COVID-Betroffenen gesichert

Ursachen und Symptome von Long-COVID werden gerade weltweit erforscht. Bekannt ist, dass Viruserkrankungen oft langwierige Genesungszeiten und unterschiedliche Folgesymptome aufweisen. Aktuell haben mehr als 735.000 Menschen in Österreich eine COVID-Infektion durchgemacht. Man rechnet,

dass 10 bis 20% der COVID-Infizierten von Long-COVID betroffen sind. Das österreichische Versorgungsangebot für diese Menschen und die Bandbreite an Symptomen ist gesichert. Angesichts der zunehmenden Immunisierung ist in naher Zukunft von einem rückläufigen Bedarf auszugehen.

Quelle: **AIHT A/AT 2021**, Epidemiology of long COVID, a preliminary report. Deutsche Kurzfassung zum gleichnamigen KCE-Bericht. AIHTA Projektbericht Nr. 135a; 021. <https://eprints.aihta.at/1321>

von Mag. Maria Cristina de Arteaga

Die Einstellung macht's – Tipps und Informationen für Unternehmen im Bereich des Behindertengleich- und -einstellungsrechts

Die COVID-19-Pandemie hat den Bedarf an Verbesserung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen noch verstärkt. So waren Ende August 2021 insgesamt 210.552 Personen ohne gesundheitliche Vermittlungseinschränkungen arbeitslos gemeldet, um 25,8% weniger als Ende August 2020. Gleichzeitig waren 75.725 Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen arbeitslos, ein Rückgang von nur 14,2%. 12.854 arbeitslose Menschen mit Behinderungen bedeuten eine Verringerung von gar nur 9,3%. Das zeigt, dass es weiterhin spezifische Maßnahmen für diese Personengruppe braucht.

Das Sozialministerium wird im Jahr 2022 rund 315 Mio Euro zur Verbesserung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds zur Verfügung stellen, davon 264 Mio Euro für Projekt- und Individualförderungen, 51 Mio Euro für die Integrativen Betriebe.

Vorgesehen sind u.a. Schwerpunkte für Frauen mit Behinderungen und gehörlose Menschen sowie Maßnahmen für psychische Gesundheit und Bewusstseinsbildung. Dazu soll die Arbeitsfähigkeitsfeststellung reformiert werden.

Welche Chancen sich für Unternehmen durch die Einstellung von Menschen mit Behinderungen ergeben, steht in der 6. aktualisierten Auflage unserer Broschüre „Die Einstellung macht's“.

Zur Broschüre [Die Einstellung macht's \(wko.at\)](http://wko.at)

Erfolgsfaktor Ergonomie im Betrieb

Ergonomie setzt sich aus zwei griechischen Worten zusammen: ergon - das Werk, die Arbeit - und nomos - das Gesetz, die Lehre. In der betrieblichen Praxis verfolgt die Ergonomie zwei Ziele, die Humanität, das ist die Gestaltung beeinträchtigungsfreier Arbeitsbedingungen, sowie die Produktivität, also die Erhöhung von Qualität und Rentabilität.

Gute ergonomische Lösungen im Betrieb nutzen Arbeitnehmern UND Unternehmen: Unfallhäufigkeit, arbeitsbedingte Erkrankungen, Trainings-, Ausbildungsaufwand und Fehlerraten nehmen ab. Gleichzeitig nehmen die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter, die Qualität der Erzeugnisse und Leistungen sowie die Marktchancen und das Image des Unternehmens zu.

Das neue Merkblatt der AUVA „Ergonomie – Grundlagen der Arbeitsplatzgestaltung“ enthält alle notwendigen und nützlichen Informationen für Arbeitgeber zu Arbeitsmitteln, Arbeitsorganisation, Betriebsklima und persönlichen Gestaltungsmöglichkeiten.

[AUVA-Merkblatt M.plus 021 "Ergonomie – Grundlagen der Arbeitsplatzgestaltung"](#)

ZAS-Tag am 7.10.2021, inkl. Arbeitsrecht & Covid

Schwerpunkt Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt

Wie schon in den vergangenen Jahren bietet der Manz-Verlag in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich ein Update zum Arbeits- und Sozialrecht des Jahres in einem Tag. Geboten werden

- die aktuelle Judikatur 2021

- die aktuelle Gesetzgebung 2021 und
- der Schwerpunkt Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt:
 - Homeoffice, digitale Arbeitsmittel & Datensicherheit
 - Mitarbeiterbindung und Arbeitsvertragsgestaltung
 - Psychische Belastungen der neuen Arbeitswelt

Ort: Wirtschaftskammer Österreich, Saal 2, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Zeit: Donnerstag, 7. Oktober 2019, 9:00 (Eintreffen) – 16:15 Uhr

Details und Anmeldung:

<https://shop.manz.at/shop/events/568903>

Zukunft.Frauen – Bewerbung 20. Durchgang

Das Führungskräfteprogramm "Zukunft.Frauen" unterstützt Frauen mit einer konkreten Weiterbildung und einem starken Netzwerk auf ihrem Weg in die erste Führungsebene, ins Top-Management, in den Vorstand und in den Aufsichtsrat. Die gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW), der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Industriellenvereinigung (IV) wurde nach norwegischem Vorbild entwickelt. Jeder Durchgang besteht aus acht halbtägigen Modulen mit Themenblöcken und Kamingesprächen.

Die **Bewerbungsfrist für den 20. Durchgang** (Beginn im März 2022) läuft noch bis **18. November 2021**.

Nähere Informationen & Details finden Sie unter www.zukunft-frauen.at.

CREATING POSSIBLE | Future :: Health & Science Talk 2021 –

BRUST KREBS: WENN DER MOMENT ZÄHLT

Eine Veranstaltung von Gilead Sciences in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich, U. S. Commercial Service und AmCham Austria mit hochkarätiger Podiumsdiskussion

14. Oktober 2021, 17:30 Uhr, k47.wien

Begrenzte Plätze!

[ZUR ANMELDUNG](#)


Impressum

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

Leiter: Mag. Dr. Rolf Gleißner

Telefon: +43 (0)5 90 900 4286 

sp@wko.at

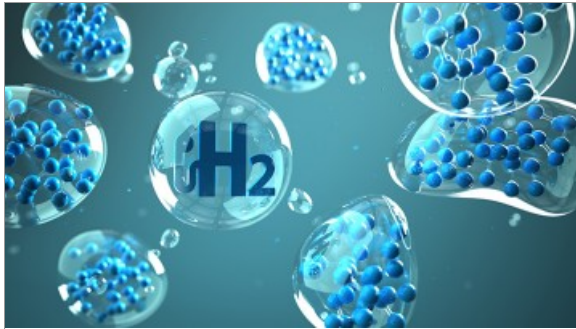
<https://wko.at/sp>

Das könnte Sie auch interessieren



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 17/2022

Ausgabe 13. Mai 2022 > mehr



WKÖ-Kopf: REPowerEU-Plan enthält wichtige Ansätze zur Bewältigung der Energiekrise

Auch Brüssel fordert beschleunigte Genehmigungsverfahren – EU-Vorschläge zu grünem Wasserstoff bleiben aber hinter den Erwartungen der Wirtschaft zurück > mehr



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 21/2022

Ausgabe 17.6 2022 > mehr